

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 17/2004
vom 24.09.2004

EUROPABERICHT Nr.: 17/2004Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**EP; POLITISCHE PRIORITÄTEN VON PRÄSIDENT BORRELL**

Prioritäten seiner 2 ½-jährigen Amtszeit werden, so EP-Präsident Borrell, insbesondere sein: Verbesserung der Effizienz des erweiterten EP; Verabschiedung des Abgeordnetenstatuts; Impulse für die Ratifizierung des Verfassungsvertrages durch das EP; Anhörung der designierten Kommissare; EP-Beschlüsse zum Türkei-Beitritt und zur künftigen finanziellen Vorausschau noch vor dem Europäischen Rat im Dezember 2004.

EP; DEBATTE ZU REFORM DES STABILITÄTSPAKTES

Übereinstimmend vertraten Ratspräsident Zalm und Währungskommissar Almunia die Auffassung, dass der Stabilitätspakt flexibler werden müsse, jedoch die im EG-Vertrag vorgesehene Serie von 3% und 60% nicht geändert werden sollten. Unter Umständen könnten Änderungen der Verordnungen notwendig sein.

EP; NICHT-STÄNDIGER AUSSCHUSS ZUR FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

Um sich in die Verhandlungen des Rates über die künftige finanzielle Vorausschau einzubringen, hat das EP einen nicht-ständigen Ausschuss eingesetzt, der einen Bericht zur Vorbereitung der Verhandlungsposition des EP erarbeiten soll.

EP; ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE

Zur Vorbereitung der Entscheidung des EP über die neue Kommission, die für die Plenartagung vom 25. – 28.10.2004 vorgesehen ist, finden in der Zeit vom 27.09. – 07.10.2004 Anhörungen der 24 designierten Kommissare vor den entsprechend ihres vorgesehenen Portfolios zuständigen EP-Ausschüssen statt. Voraussetzung für die Ernennung der Kommission ist die Zustimmung des EP, Art. 214 EGV.

Im Vorfeld der Anhörungen hatten die designierten Kommissionsmitglieder bereits zwei schriftliche Fragebögen (mit allgemeinen und fachlichen Fragen) zu beantworten. Die Antworten auf die Fragebögen sind im Internet veröffentlicht unter

http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004_comm/questionnaires_en.htm

Die Anhörungen sind über folgende Internetadresse zu verfolgen:

http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_en.htm

EP; KOMMISSIONSBERICHT ZU „GOOD GOVERNANCE“

In ihrem Bericht zur Umsetzung der im Weißbuch „Europäisches Regieren“ vorgesehenen Ziele betont die Kommission, dass neun der elf vorgeschlagenen Maßnahmen von ihr durchgeführt worden seien, u. a. die Reform der Organe, die neu geschaffene Kultur der öffentlichen Anhörung, die Vereinfachung der Rechtsetzung, die schrittweise Einführung eines einheitlichen Systems zur Folgenabschätzung, die Reform des Komitologie-Systems und die bessere Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts. Der im Jahr 2002 angenommene Aktionsplan „Bessere Rechtssetzung“ sei die wichtigste Kommissionsinitiative zur Reform des europäischen Regierens und sollte deshalb Priorität der neuen Kommission sein.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

BUTTIGLIONE WILL RASCHEN ÜBERGANG ZUR QUALIFIZIERTEN MEHRHEIT UND IST GEGEN EUROPÄISCHE EINWANDERUNGSQUOTEN

Der designierte Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Rocco Buttiglione (I) hat vor seiner Anhörung im Europäischen Parlament schriftlich auf Fragen geantwortet:

- er befürwortet, dass der Rat für die Bereiche Einwanderung, Schutz der Außengrenzen und Visa rasch den Übergang zum Mitentscheidungsverfahren beschließt; auch die niederländische Präsidentschaft hat dies inzwischen vorgeschlagen.
- er hält es für wichtig, einen gemeinsamen Rahmen für die Zulassung von Arbeitsmigranten aufzustellen, schließt aber Vorschläge für europäische Einwanderungsquoten aus.
- er plane nicht EUROPOL und EUROJUST an die Stelle nationaler Strafverfolgungsbehörden zu setzen; ihre Rolle sei „wichtig, aber ergänzend“.

ANTRAGSFRISTEN FÜR DIE FÖRDERUNG VON STÄDTEPARTNERSCHAFTEN 2005

Auch 2005 will die Europäische Kommission Bürgerbegegnungen, Konferenzen und Seminare im Rahmen von Städtepartnerschaften fördern. Es droht allerdings eine Mittelkürzung von 14 (2004) auf 10,5 Mio. €. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und die Antragsformulare werden im Oktober im EU-Amtsblatt und unter folgender Adresse veröffentlicht:

http://www.europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/towntwin/call_de.html.

EUGH PRÄZISIERT ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT UND ANSPRÜCHE VON UNIONS-BÜRGERN AUF AUFENTHALT UND SOZIALLEISTUNGEN

Der EuGH hat sich dazu geäußert, inwieweit soziale Hilfstätigkeiten von EU-Bürgern die Arbeitnehmereigenschaft und damit Ansprüche auf Aufenthalt und Sozialleistungen begründen. Im vorliegenden Fall lebte ein mittelloser Franzose in Belgien in einem Heim der Heilsarmee. Dort erhielt er gegen Arbeit in einem Eingliederungsprojekt neben Unterkunft ein Taschengeld. Nach dem EuGH kann sich nur auf die Freizügigkeit berufen und staatliche Leistungen beanspruchen,

wer eine „tatsächliche und echte Tätigkeit ausübt“, die „auf dem Beschäftigungsmarkt üblich“ ist. Auch die Unionsbürgerschaft verschafft kein automatisches Aufenthaltsrecht. Es seien aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Diskriminierungsverbot nach Art. 12 EGV zu beachten. Das Urteil findet sich unter: <http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EUGH: KEIN SCHADENERSATZ FÜR IN DER EU-TERRORISMUSLISTE AUFGEFÜHRTE ORGANISATIONEN

Der EuGH hat entschieden, dass Organisationen, die in der EU-Terrorismusliste verzeichnet sind, kein Rechtsweg zum EuGH auf Schadenersatz offen steht. In der 3. Säule sei kein entsprechendes Rechtsmittel vorgesehen. Auch eine Verletzung der durch Art. 6 Abs. 2 EUV geschützten Grundrechte eröffne hier keinen Rechtsweg zum EuGH. Selbst das mögliche Fehlen eines effektiven Rechtswegs zu einem europäischen oder nationalen Gericht könne keine Zuständigkeit des EuGH auslösen.

EUGH BETONT GEGENSEITIGE FÜHRERSCHEIN-ANERKENNUNG

Der EuGH hat erneut die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen nach der Führerscheintrichtlinie 91/439/EWG gestärkt. Er gab 3 Rügen der Kommission gegen das spanische Führerscheinrecht statt (Az: C-195/02). Das Urteil findet sich unter:

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EUGH BEANSTANDET BEHINDERUNGEN BEI DER ANERKENNUNG VON ARCHITEKTEN-DIPLOMEN DURCH GRIECHENLAND

Der EuGH hat festgestellt, dass Griechenland bei der Anerkennung nicht-griechischer Architektendiplome gegen den in der Richtlinie 85/384/EWG festgelegten Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung verstoßen hat (Az: C-417/02). Das Urteil findet sich unter:

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

KOMMISSION SCHLÄGT AUFHEBUNG DES DESIGNSCHUTZES FÜR ERSATZTEILE VOR

Die Europäische Kommission hat am 14.09.2004 einen Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie 98/71/EG über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen (Geschmacksmuster-Richtlinie) angenommen, mit dem der Designschutz für Ersatzteile bei komplexen Erzeugnissen aufgehoben und insbesondere der Markt für sichtbare Autoersatzteile wie z.B. Kotflügel, Stoßstangen und Windschutzscheiben liberalisiert werden soll (KOM(2004) 582 endg.). Der Vorschlag ist im Internet abrufbar unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2004/com2004_0582de01.pdf

CORPORATE GOVERNANCE: KONSULTATION ZU AKTIONÄRSRECHTEN

Die Kommission hat eine Konsultation zur Förderung einer angemessenen Regelung für die Aktionärsrechte eingeleitet, mit der innerhalb der EU grundlegende Aktionärsrechte gestärkt werden sollen. Die Konsultation dient der Vorbereitung eines entsprechenden Richtlinienvorschlags der Kommission, Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 16.12.2004.

http://europa.eu.int/comm/internal_market/company/shareholders/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ERKLÄRUNG DES ECOFIN-RATES ZUR STÄRKUNG UND BESSEREN UMSETZUNG DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS

Der Ecofin-Rat hat auf seiner informellen Sitzung am 10. – 11. September 2004 die Mitteilung der Kommission zur „Stärkung der Economic Governance und Klärung der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ als gute Diskussionsgrundlage begrüßt. Über die Anregung der Kommission, Änderungen am Stabilitätspakt zu überlegen, bestand jedoch Uneinigkeit.

GRIECHENLAND MELDETE ZU NIEDRIGE DEFIZITZAHLEN

Die griechische Regierung hat seit mindestens 2000 der Kommission zu niedrige Defizitzahlen gemeldet. Nach den Korrekturen hat Griechenland seit 2000 die Defizitschwelle von 3 % überschritten.

EINIGUNG IM LANDESBANKENSTREIT

Im Streit um Beihilferückzahlungen deutscher Landesbanken an ihre öffentlichen Eigentümer wurden in einem Gespräch mit Kommissar Monti, Finanzstaatssekretär Koch-Weser, den Finanzministern der betroffenen Länder und dem Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes deutscher Banken eine Einigung erzielt.

HARMONISIERUNG DER KÖRPERSCHAFTSTEUERBEMESSUNGSGRUNDLAGE

Der Ecofin-Rat hat auf seiner informellen Sitzung am 10. – 11. September 2004 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu dem Thema beschlossen, ob die Gewinne von Unternehmen künftig nach einer EU weit einheitlichen Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage besteuert werden sollen.

KOMMISSIONSSTUDIE ZU DEN STEUERBEFOLGUNGSKOSTEN

In einer Studie zu dem Umfang der Verwaltungs- und Steuerbefolgungskosten der Unternehmen zur Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten im Bereich der Körperschaft- und Mehrwertsteuer kommt

die Kommission zu dem Ergebnis, dass die Kosten expotenziell steigen, wenn Unternehmen grenzüberschreitend tätig sind.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1091&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ENERGIESTEUER

Die Kommission hat am 14. September 2004 ein Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Frankreichs zur Staffelung der Steuern auf Kraftstoffe unterbreitet.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

VERTEIDIGUNGSGÜTER: KONSULTATION ZU MEHR WETTBEWERB BEI DER BESCHAFFUNG

Die Europäische Kommission hat mit der Vorlage eines Grünbuches am 23.09.2004 einen Konsultationsprozess bis zum 31.01.2005 zu der Frage eingeleitet, wie der grenzüberschreitende Wettbewerb bei der Beschaffung bestimmter Verteidigungsgüter unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verteidigungssektors gemäß Art. 296 EGV verbessert werden kann.

http://europa.eu.int/comm/internal_market/consultations/index_de.htm

EUROPÄISCHE SICHERHEITSFORSCHUNG: NEUES KONZEPT

Die Kommission hat in ihrer Mitteilung vom 09.09.2004 mit dem Titel "Sicherheitsforschung: Die nächsten Schritte" ein umfassendes europäisches Programm für Sicherheitsforschung mit einer besseren Koordinierung in diesem Bereich und einem jährlichen Budget von 1 Mrd. € ab 2007 vorgeschlagen (s. auch Beitrag des StUKW). Bei der ersten Ausschreibung im Rahmen der sog. vorbereitenden Maßnahme herrschte reges Interesse aus der Industrie.

http://europa.eu.int/comm/research/security/index_en.html

ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN: ONLINE-KONSULTATION ZUR ELEKTRONISCHEN AUFTRAGSVERGABE

Die Europäische Kommission hat am 13.09.2004 eine on-line Konsultation zu den Möglichkeiten und Herausforderungen der elektronischen Auftragsvergabe gestartet. Die Konsultation läuft bis zum 15.10.2004.

http://europa.eu.int/yourvoice/consultations/index_de.htm

REGIONALPOLITIK: OPEN DAYS 2004

Jacques Barrot, der Kommissar für Regionalpolitik, und Peter Straub, Präsident des Ausschusses der Regionen, haben auf die OPEN DAYS 2004 vom 27. bis 30 September 2004 in Brüssel hin-

gewiesen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Verwaltung der Strukturfonds und die Zukunft der Regionalpolitik.

<http://www.cor.eu.int/opendays/opendays/>

ENERGIEPOLITIK: KOMMISSION GENEHMIGT UMSTRUKTURIERUNG DES ATOMSTROM-ERZEUGERS BRITISH ENERGY

Die Kommission hat am 22.09.2004 einen umfassenden Umstrukturierungsplan genehmigt, der u.a. erhebliche Beihilfen für die zukünftige Stilllegung von Kernkraftwerken vorsieht. Über die genaue Höhe der Beihilfen hat sich die Kommission nicht geäußert.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

REFORM DER ZUCKERMARKTORDNUNG

Die Diskussion um die Reform der Zuckermarktordnung geht auf europäischer Ebene weiter. Kommissar *Fischler* stellte im Rahmen einer Anhörung im Landwirtschaftsausschuss des EP die Ziele der Reform des Zuckermarktes vor.

Kommissar *Fischler* empfiehlt, den Abschluss des WTO-Panels abzuwarten, bevor die Kommission die Gesetzestexte für die Reform der Zuckermarktordnung vorlegt; als möglicher Termin wurde Frühjahr 2005 genannt. Den Vorgaben des WTO-Panels sei bis Ende 2006 nachzukommen.

TÜRKEIBETRITT AUS AGRARPOLITISCHER SICHT

Kommissar *Fischler* schrieb im Juli 2004 einen Brief an Kommissar *Verheugen*, der seine Haltung zur Türkeifrage wiedergab. Auf die Frage von Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses im EP nahm *Fischler* Stellung zu seinem Brief.

Fischler befürchtet u.a., dass der EU-Agrarhaushalt im Falle des Beitritts der Türkei gesprengt werden könnte. Darüber hinaus müssten noch weitere Probleme aus agrarpolitischer Sicht berücksichtigt werden.

VORZEITIGE AUSZAHLUNG VON DIREKTZAHLUNGEN IN NEUEN MS

Die EU-Kommission hat mit Zustimmung der EU-MS entschieden, dass in den NMS den Landwirten die Direktzahlungen sechs Wochen früher als normalerweise üblich gezahlt werden.

AKTUELLER STAND DER WTO-VERHANDLUNGEN

Kommissar *Fischler* informierte im Rahmen einer Anhörung den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EP zum aktuellen Stand der WTO-Verhandlungen.

Mit dem Rahmenabkommen im August 2004 habe man die Ziele erreicht. Derzeit laufen die Verhandlungen auf technischer Ebene weiter. Mit einem Abschluss könne frühestens im Jahr 2007 gerechnet werden. Somit könnten z.B. die Exporterstattungen bis zum Jahr 2017 auslaufen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

FINANZIELLE BETEILIGUNG DER ARBEITNEHMER (KOM-BERICHT)

Die Europäische Kommission hat am 17. September 2004 einen Bericht der „*Hochrangigen Gruppe unabhängiger Sachverständiger über grenzübergreifende Hindernisse für die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer von transnationalen Unternehmen*“ veröffentlicht. Der Bericht untersucht a) die verschiedenen, in der EU üblichen Formen der finanziellen Arbeitnehmerbeteiligung, b) Hindernisse für eine länderübergreifende Ausweitung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer (allgemeine und spezifische) und macht c) Vorschläge zum Abbau der Hindernisse auf Unionsebene.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/labour_law/docs/cross_border_obstacles_report_2003_de.pdf

ARBEITSZEIT: KOM SCHLÄGT NEUFASSUNG DER ARBEITSZEITRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 22. September 2004 einen Vorschlag zur Aktualisierung der Arbeitszeitrichtlinie angenommen. Danach soll das individuelle Opt-out (d.h. das Abweichen von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Std.) weiterhin möglich sein, jedoch strenger geregelt werden, um Missbräuche auszuschließen. Den Mitgliedstaaten würde erlaubt, den Bezugszeitraum zur Berechnung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von vier Monaten auf ein Jahr zu verlängern. Bereitschaftsdienstzeit, während der keine Arbeit verrichtet wird, müsste künftig nicht als Arbeitszeit angerechnet werden; auch soll es möglich werden, Ausgleichsruhezeit binnen einer Frist von 72 Stunden zu gewähren.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/sep/working_time_directive_proposal_de.pdf

EU-GESUNDHEITSMINISTER: INFORMELLES TREFFEN AM 9./10.09. 2004 IN NOORDWIJK

Am 9. und 10. September fand ein informelles Ratstreffen unter dem Vorsitz des niederländischen Gesundheitsministers *Hoogervorst* in Noordwijk (NL) statt. Die nachhaltige Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme in den EU-Mitgliedstaaten bei gleichzeitig hoher Qualität der Gesundheitsversorgung stand im Mittelpunkt der Gespräche. Die nationalen Delegationen waren sich bei der Form der Zusammenarbeit über den Mehrwert von Erfahrungsaustausch einig und befürworteten grds. die Methode der offenen Koordinierung.

http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/reflection_process_en.htm

EP-PLENUM: DEBATTE ZUM PORTUGIESISCHEN HAFENVERBOT DES „ABTREIBUNGSSCHIFFES *WOMEN ON THE WAVES*“

Zu einer heftigen Debatte im Plenum des Europäischen Parlaments hat am 16. September 2004 eine mündliche Anfrage von MdEP Figueiredo (Portugal) u.a. (Verein. Linke) und Lissy Gröner (D/SPD) u.a. (SPE/Grüne) zu dem Verbot portugiesischer Behörden gegenüber dem Schiff „*Borndiep*“ der niederländischen Organisation „Women on the waves“, in welchem die Abtreibungspille RU-486 verteilt wird, geführt. Portugiesische Kriegsschiffe hatten den Zugang des Schiffs in portugiesische Gewässer aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Gesundheitsschutzes verhindert, da der Schwangerschaftsabbruch in Portugal nach wie vor illegal sei.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17586>

EUROSTAT/EUROBAROMETER: ERWERBSTÄTIGENQUOTE, ELTERNURLAUB, LOHNANSTIEG, EU-MINDESTLÖHNE

Die europäischen Statistikinstitute Eurostat und Eurobarometer kommen zu interessanten Ergebnissen bei diversen arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen. Interessant ist z.B., dass es lediglich in sieben EU-Mitgliedstaaten (u.a. Deutschland und Österreich) keine gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne für Arbeitnehmer gibt.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/sep/parental_leave_de.htm

EUGH: ARBEITNEHMERBEGRIFF, AUFENTHALTSRECHT UND ANSPRUCH AUF SOZIALHILFELEISTUNGEN

Der EuGH setzt sich in dem Urteil „Trojani“ vom 7. September 2004 (C-456/02) damit auseinander, ob dem Kläger, einem französischen Staatsbürger, ein Anspruch auf die Auszahlung des Existenzminimums durch das öffentliche Sozialhilfezentrum Brüssel zusteht.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: VERHANDLUNGSSTAND ZUR GESTALTUNG DES KÜNFTIGEN INTEGRIERTEN AKTIONSPROGRAMMS 'LEBENSLANGES LERNEN' (2007 – 2013)

Die inzwischen im Rat angelaufenen Beratungen zur Gestaltung der EU-Bildungsförderung nach 2006 ergeben auf Grund fehlender Weisungen einer Reihe von Mitgliedstaaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein belastbares Meinungsbild. Inzwischen sind die diesbezüglichen innerdeutschen Konsultationen ländersseitig sowie zwischen Ländern und Bund abgeschlossen.

JUGEND: NEUESTE ENTWICKLUNGEN IM JUGENDBEREICH

In Vorbereitung des EU-Jugendministerrates am 15.11.2004 werden gegenwärtig Ratsentschlüsse zu gemeinsamen Zielsetzungen im Jugendbereich auf den Gebieten 'Information und Partizipation' sowie 'Europäische Freiwilligentätigkeit' diskutiert.

FORSCHUNG: KOMMISSION LEGT IHRE MITTEILUNG ZU EINEM SICHERHEITSFORSCHUNGSPROGRAMM VOR

Die Kommission plant ab dem Jahre 2007 ein europäisches Programm für die Sicherheitsforschung (EPSF) und hat dazu in ihrer Mitteilung "Sicherheitsforschung: Die nächsten Schritte [KOM (2004) 590 endg. vom 07.09.2004] ihre Vorstellungen skizziert.

EP-AUSSCHUSS FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE DISKUTIERT DIE LEITLINIEN FÜR DIE KÜNFTIGE EU-FORSCHUNGSPOLITIK

Die Diskussion über die Gestaltung des 7. Forschungsrahmenprogramms (7.FRP – ab 2007) hat nun auch im Europäischen Parlament begonnen. In der Sitzung des zuständigen Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie am 21.09.2004 stellte Generaldirektor *Achilleas Mitsos* (GD Forschung) die KOM-Mitteilung „Wissenschaft und Technologie: Schlüssel zur Zukunft Europas – Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union“ [KOM (2004) 353 endg. vom 16.06.2004] vor.

KOMMISSION RICHTET NEUEN DIENST ZU TECHNOLOGIEPLATTFORMEN EIN

CORDIS, der Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der Kommission hat einen weiteren Dienst zur Verfügung gestellt. Künftig sollen dort Informationen über die von der Kommission geplanten Europäischen Technologieplattformen bereitgestellt werden.

DIE ACADEMIA EUROPAEA TRITT FÜR EINE STÄRKERE EINBEZIEHUNG DER GEISTESWISSENSCHAFTEN IN DER EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSFÖRDERUNG EIN

In einer kürzlich veröffentlichten Erklärung der Academia Europaea werden die politischen Entscheidungsträger zu einer stärkeren Berücksichtigung der Geisteswissenschaften sowohl im Europäischen Forschungsraum als auch durch den geplanten Europäischen Forschungsrat aufgefordert.

UMWELT

MITGESTALTUNG DER KÜNFTIGEN KLIMAPOLITIK DURCH EU-BÜRGER

Ab Mitte September führt die Europäische Kommission via Internet eine Konsultation über die Klimapolitik der EU durch, an der sich Bürger und Unternehmen ebenso wie Politiker und Nichtregierungs-Organisationen (NRO), Behörden und Wissenschaftler beteiligen können. Bereits

jetzt muss sich die EU auf das Ende des ersten Verpflichtungszeitraumes des Kyoto-Protokolls 2012 vorbereiten.

Beiträge zur Internetkommentation können bis zum 31. Oktober über das Web-Forum „Action on Climate Change post 2012“ eingereicht werden. Die Ergebnisse der Internetkonsultation sollen auf einer Konferenz im November erörtert werden. Im Frühjahr 2005 wird die Kommission einen Bericht zur Klimaänderung mit einer Darstellung der Ergebnisse der Internetkonsultation vorlegen.

Weitere Informationen zur Internet-Konsultation und die Zugangsadresse sind abrufbar unter:

http://europa.eu.int/comm/environment/climat/future_action.htm

EUROPÄISCHE UNION UND UNEP BEKRÄFTIGEN ZUSAMMENARBEIT

Die Europäische Union und die UNEP (United Nations Environment Programme) haben angekündigt, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um die globalen Umweltgefährdungen wirksamer bekämpfen zu können. Die Übereinkunft in Form eines Memorandums wurde durch EU-Umweltkommissarin *Margot Wallström* und dem Exekutivdirektor der UNEP, *Klaus Töpfer*, am 20.9. in Brüssel unterzeichnet. Im Rahmen der Vereinbarung wird ein hoher deutscher Beamter der DG Umwelt an das Hauptquartier der UNEP nach Nairobi entsandt.

EU-KOMMISSION GENEHMIGT DIE FINANZIERUNG VON UMWELTPROJEKTEN

Die EU-Kommission hat für 2004 die Finanzierung von Umweltprojekten in den Mitgliedsstaaten und Drittländern im Rahmen des LIFE Programms mit einer Summe von insg. ca. 160 Mio. Euro genehmigt.

Für die Programme LIFE-Natur und LIFE-Umwelt sind je 76 Mio. Euro vorgesehen, die zur Finanzierung von 77 Naturschutzprojekten bzw. von 109 Umweltprojekten verwendet werden. Mit dem Programm LIFE-Drittländer finanziert die EU 20 Umweltschutzprojekte mit insgesamt 8 Mio. € in Drittländern.

EUROPÄISCHE WOCHE DER MOBILITÄT

Vom 16.09. bis zum 22.09. fand die dritte Europäische Woche der Mobilität unter der Schirmherrschaft der EU-Kommission statt. Die Aktion, an der in diesem Jahr über 1000 europäische Städte teilnahmen, soll zur Förderung nachhaltiger Verkehrsformen in den Städten und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile einer Minderung des motorisierten Verkehrs beitragen. Das zentrale Thema war die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr.

In seiner Eröffnungsrede unterbreitete der niederländische Umweltminister *Pieter Van Geel* den Vorschlag, auch Autohersteller in den CO₂-Emissionshandel einzubinden. Obwohl nahezu 40 %

der CO₂-Emissionen vom privaten PKW-Verkehr in den Städten herrühren, sind diese bisher vom CO₂-Handelsregime ausgenommen.

Informationen zur Europäischen Woche der Mobilität sind erhältlich unter:

www.mobilityweek-europe.org

GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR ÄNDERUNG DER ARBEITSZEIT-RICHTLINIE LÖST SCHARFE KRITIK AUS

Die Kommission hat am 22. September 2004 einen Vorschlag zur Änderung der Arbeitszeit-Richtlinie angenommen. Der von Kommissar Stavros Dimas vorgelegte Text versucht einen Kompromiss zwischen dem Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer auf der einen Seite und mehr Flexibilität für Unternehmen (KMU) auf der anderen Seite. Es wird die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Bedingungen die Höchstarbeitszeit sowie Bezugs- und Ausgleichszeiten auszuweiten. Zur Berücksichtigung der EuGH-Rechtsprechung zum ärztlichen Bereitschaftsdienst wird eine dritte Zeitkategorie „Bereitschaftsdienst“ eingeführt. Sowohl Vertreter der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber und der Politik kritisierten den Entwurf.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/sep/working_time_directive_proposal_de.pdf

INFORMELLES TREFFEN DER EU-GESUNDHEITSMINISTER AM 9. UND 10. SEPTEMBER; GESUNDHEITSVORSORGE IN EINER ALTERNDEN GESELLSCHAFT

Am 9. und 10. September fand ein informelles Ratstreffen in Nordwijk statt. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Thema „Gesundheitsvorsorge in einer alternden Gesellschaft – Eine Herausforderung für alle europäischen Mitgliedstaaten“. Die nachhaltige Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme in den EU-Mitgliedstaaten bei gleichzeitig hoher Qualität der Gesundheitsversorgung stand im Mittelpunkt der Gespräche.

Im Ergebnis stimmten die Minister darüber ein, dass angesichts der demographischen Entwicklung die Reformen der Gesundheitssysteme vorangebracht werden müssten. Dabei sollen Eigenverantwortlichkeit und Prävention stärker zur Geltung gebracht werden. Die Delegationen waren sich über den Mehrwert von Erfahrungsaustausch (exchange of best practice) einig und befürworteten generell die Methode der offenen Koordinierung.

http://www.minvws.nl/images/2508976C.doc_tcm11-54021.pdf

ARBEITSPAPIER DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUR BEKÄMPFUNG DER HIV/AIDS- INFEKTIONEN; INTERNATIONALE KONFERENZ IN VILNIUS

Die Europäische Kommission hat in einem Anfang September vorgelegten Arbeitspapier, das auch Diskussionsgrundlage einer internationalen Konferenz mit den EU-Gesundheitsministern am 16./17. September 2004 war, vor einem deutlichen Anstieg der HIV-Infektionen innerhalb der EU und in den Nachbarländern gewarnt. Die Kommission sieht sich bei Lösungsansätzen als politischen Impulsgeber und fordert eine Führungsrolle der EU in der HIV-Bekämpfung und Überwachung, bisher eine Aufgabe der Mitgliedstaaten. Sie legt dafür ein integriertes Konzept vor, das in den nächsten 18 Monaten umgesetzt werden soll.

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/docs/ev_20040916_rd01_en.pdf

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/ev_20040916_en.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUROPÄISCHES KARTELLRECHT - NEUES MODELL FÜR ZENTRALVERMARKTUNG DER DEUTSCHEN FUßBALL-BUNDESLIGA

Die Kommission und der deutsche Ligaverband haben sich auf ein neues Vermarktungsmodell geeinigt, das die kartellrechtliche Billigung der Kommission findet und erstmals ab der Spielzeit 2006/2007 gelten soll. Die Spiele der ersten und zweiten Liga dürfen weiterhin zentral vermarktet werden, die Rechte sind jedoch in 10 Pakete – 5 Fernsehübertragung, 2 Internet, 2 Mobilfunk, 1 übrige Verwertungsformen – zu entbündeln, die einzeln in transparenten Verfahren angeboten werden müssen. Das Modell stellt sicher, dass jeweils mindestens zwei Begegnungen der ersten und zweiten Liga live und vollständig im frei empfangbaren TV gesendet werden.

Eine Zusammenfassung zum Inhalt der Verpflichtungszusage des deutschen Ligaverbandes findet sich unter:

http://europa.eu.int/servlet/portail/RenderServlet?search=RefPub&lg=de&nb_docs=25&domain=&in_force=NO&year=2004&month=9&day=14&coll=JOC&nu_jo=229&page=13.

MEDIEN- UND KULTURPOLITIK – NEUES ZUR UNESCO-KONVENTION ZUM SCHUTZ DER VIELFALT KULTURELLER INHALTE UND KÜNSTLERISCHER AUSDRUCKSFORMEN

Die Kommission hat den Rat ersucht, sie zu ermächtigen, im Namen der Gemeinschaft an den UNESCO-Verhandlungen über die Konvention zum Schutz der Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksformen teilzunehmen. Die UNESCO-Generalkonferenz im Oktober 2005 soll den Vorentwurf zu einer Konvention zum Schutz der Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksformen erörtern. Die erste Verhandlungsrunde beginnt im September 2004. So-

wohl die Kommission als auch viele Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, stehen der Idee, die kulturelle Vielfalt weltweit durch eine eigenständige Konvention rechtsverbindlich zu fördern, positiv gegenüber und sehen die WTO nicht als geeignetes internationales Hauptforum für Kulturpolitik. Die Konvention wird sich voraussichtlich auf eine Reihe gemeinschaftlicher Politiken auswirken.

Der Konventionsentwurf findet sich unter

http://europa.eu.int/comm/avpolicy/extern/cl_3726_en.pdf, die Mitteilung der Kommission mit einer ersten allgemeinen Analyse über mögliche Auswirkungen auf die Gemeinschaftspolitik unter http://europa.eu.int/comm/avpolicy/extern/mandat_de.pdf